

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/2659**

DGB Bezirk Nord, Landesbüro Meckl.-Vorp., Dr.-Külz-Str.18 • 19053 Schwerin

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Die Vorsitzende
PF 71 21

24171 Kiel

Abteilung
Stellv.Vors./BB

Unsere Zeichen
IS/AB

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

**Bezirk Nord
Landesbüro
Mecklenburg-Vorpommern**

Dr.-Külz-Str. 18
19053 Schwerin

**Stellv. Bezirksvorsitzender
Ingo Schlüter**

Telefon: 0385-6383200
Telefax: 0385-6383201

e-mail: Ingo.Schlueter@dgb.de
Mobil: 0170-913 87 22

Datum
01.12.2007

**Stellungnahme des DGB Nord zur Drucksache 16/1456:
Situation und Perspektiven der beruflichen Bildung in Schleswig-
Holstein**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

der DGB Nord hält die von der Landesregierung vorgelegte Antwort auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion für eine sehr umfassende und notwendige Zusammenstellung und Interpretation der vielfältigen, öffentlich zugänglichen Statistiken zum Berufsbildungssystem in Schleswig-Holstein, die regelmäßig erstellt werden sollte.

Interpretationsspielräume zu diesen berufsbildungspolitischen Strukturdaten ergeben sich nicht nur aus den unterschiedlichen berufsbildungspolitischen Interessen von Politik, Verbänden und Institutionen, sondern besonders aus der Tatsache, dass die vielfältigen Statistiken untereinander hinsichtlich der Zielgruppen und Stichtage nicht synchron sind. Hieran kann auch der vorgelegte Bericht nichts Grundlegendes ändern. Der DGB Nord schlägt daher der Landesregierung vor, sich auf Bundesebene nachdrücklich für die bundeseinheitliche Einführung einer „Integrierten Ausbildungsstatistik“ unter Federführung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) einzusetzen.

Der zentrale Punkt der berufsbildungspolitischen Debatte ist die Frage nach dem ausgeglichenen bzw. unausgeglichenen Verhältnis von Angebot und Nachfrage im Ausbildungsstellenmarkt. Hiervon werden alle qualitativen berufsbildungspolitischen Debatten berührt und überlagert. Der DGB Nord betrachtet den Ausbildungsstellenmarkt in Schleswig-Holstein und bundesweit als strukturell unausgeglichen, d. h., dass das betriebliche Angebot seit Jahrzehnten und aktuell die tatsächliche Nachfrage nicht befriedigt. In Ergänzung zu Tabelle 7 „Verhältnis von Ausbildungsstellenangebot zu Ausbildungsstellen-nachfrage in dualen Systemen“, Seite 17, übersende ich Ihnen unsere Darstellung des Verhältnisses von dualen Ausbildungsstellen zu BewerberInnen (Anlage 1), in der wir die Daten der Bundesagentur für Arbeit seit 1993 abbilden. In dieser Darstellung sind sowohl betriebliche als auch außerbetriebliche Plätze zusammengefasst. Die rein betriebliche Angebot-/Nachfrage-Relation liegt für Schleswig-Holstein aktuell sogar nur bei 72 zu 100. Aus unserer Grafik wird ersichtlich, dass sich der Versorgungsgrad mit dualen Ausbildungs-plätzen seit mehr als 10 Jahren kontinuierlich verschlechtert. Die geringfügige Verbesserung von 2006 nach 2007 ist Folge der vom DGB vorgeschlagenen Aufstockung der BA-vollfinanzierten außerbetrieblichen Plätze. Das der BA gemeldete betriebliche Angebot erhöhte sich im abgelaufenen Vermittlungsjahr in Schleswig-Holstein lediglich um 74 betriebliche Plätze.

Der strukturelle Ausbildungsplatzmangel hat seit Jahrzehnten zum Aufbau eines sogenannten „Übergangssystems“ geführt, das in der öffentlichen Debatte häufig als „Warteschleifen“ bezeichnet wird. Dieser Begriff suggeriert jedoch fälschlicherweise, dass ein großer Anteil der Jugendlichen in Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen BVB den Sprung ins Ausbildungs- und Erwerbssystem nach einer gewissen Übergangszeit schafft. In der Realität finden sich in den Berufsvorbereitungsmaßnahmen sowohl Jugendliche, die nur wegen der schlechten Ausbildungsmarktsituation keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten haben, als auch viele Jugendliche, die trotz dieser Maßnahmen die elementaren Voraussetzungen für eine duale Ausbildung nicht erfüllen. Während für die erste Gruppe häufig das Motiv für die Teilnahme an BVB im Erreichen eines höherwertigen Schulabschlusses und damit in der Verbesserung ihrer individuellen Marktchancen liegt, haben die TeilnehmerInnen ohne bzw. mit sehr schwachen Schulabschlüssen auch mit den BVB keine echte Ausbildungschance. Ich verweise hier auf die drastische, aber m.E. allgemein gültige Beschreibung im STERN-Artikel „Die Zeitbombe“, Heft 47/2007, Seite 93 ff.

Ursache für das krasse Missverhältnis von Angebot und Nachfrage zu Ungunsten der Bewerberinnen und Bewerber ist vor allem der ebenfalls auf Seite 17 benannte, jedoch im zeitlichen (Negativ-) Verlauf nicht dargestellte Anteil der ausbildenden Betriebe von nur einem Viertel. Hier setzt der gewerkschaftliche Vorschlag für die Einführung einer bundeseinheitlichen **Ausbildungsumlage** an, mit der die nicht ausbildenden Betriebe an den erheblichen, milliarden-schweren Sonderprogrammen zur Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsangeboten und Übergangsmaßnahmen beteiligt werden und die teilweisen betriebswirtschaftlichen Vorteile der betrieblichen Ausbildungsverweigerung begrenzt werden sollen.

Mit dieser Verbesserung der Finanzierungsgrundlagen des deutschen Berufsbildungssystems würde sich nicht nur die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze deutlich steigern lassen. Auch die Motivation vieler der bisher chancenlosen Jugendlichen würde sich verbessern. Gleichzeitig könnten auf Maßnahmen, die die Qualität der Ausbildung unterlaufen (z. B. Forcierung geringwertiger Ausbildungsberufe, Aussetzung der AEVO) verzichtet werden.

Abschließend soll auf die vom DGB geteilten Einschätzungen der GEW Schleswig-Holstein zum Übergangssystem, zum Handlungskonzept „Schule und Arbeitswelt“ und der Europäisierung des Bildungssystems verwiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ingo Schlüter

Anlage

Anlage 1: Ausbildungsstatistik Schleswig-Holstein - Ausbildungsstellen und BewerberInnen

